



Änderungsantrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VII/2022/04910**
Datum: 22.11.2022
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Mark, Yana
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	15.11.2022 22.11.2022 13.12.2022	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung	22.11.2022 15.12.2022	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	23.11.2022 21.12.2022	öffentlich Entscheidung

Betreff: Änderungsantrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zum
Haushaltssolidierungskonzept ab dem Haushaltsjahr 2023 und
Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2023 sowie
den Beteiligungsbericht 2021

Beschlussvorschlag:

1. Die Stelle „Referent/-in für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung“ in der Anlage zum Teilplan 23_0_010 bleibt bestehen. Es erfolgt keine Umorganisation zur Stelle „Kordinator/-in Haushaltskonsolidierung“ in der Anlage zum Teilplan 23_1_200.
2. Eine Stelle „Kordinator/-in zur Stärkung kommunaler Integrationsarbeit“ in der Anlage zum Teilplan 23_0_802 wird gestrichen.
3. Es werden zwei Stellen „Gärtner/-in Grünflächen“ in der Anlage zum Teilplan 23_2_670 geschaffen, nicht vier.
4. Es werden drei Stellen „Personalentwicklungsstellen Beamte (Stadtsekretär/-in)“ in der Anlage zum Teilplan 23_1_110 geschaffen, nicht vier.

5. Die drei neuen Stellen „Umzugs- und Betreuungsmanager/-in“ in der Anlage zum Teilplan 23_0_820 mit dem Vermerk „Ukraine“ werden auf zwei Jahre befristet
6. Folgende neue Stellen in der Anlage zum Teilplan 23_1_330 mit dem Vermerk „Ukraine“ werden befristet:
Eine neue Stelle „Teamleiter/-in Einreise und Aufenthalt“ in der Anlage zum Teilplan 23_1_330 mit dem Vermerk „Ukraine“ auf zwei Jahre
Die neue Stelle Sachbearbeiter/-in BÜS auf ein Jahr
Die neue Stelle Sachbearbeiter/-in Fachverfahren/Dokumentenprüfung Ukraine auf zwei Jahre
Die neue Stelle Sachbearbeiter/-in Vorgangsbearbeitung/BackOffice auf zwei Jahre
7. Es werden vier statt sieben neuen Stellen „Sachbearbeiter/-in Einreise und Aufenthalt“ in der Anlage zum Teilplan 23_1_330 mit dem Vermerk „Ukraine“ geschaffen.
Diese vier neuen Stellen „Sachbearbeiter/-in Einreise und Aufenthalt“ in der Anlage zum Teilplan 23_1_330 mit dem Vermerk „Ukraine“ werden befristet auf zwei Jahre
8. Folgende neue Stellen in der Anlage zum Teilplan 23_4_500 mit dem Vermerk „Ukraine“ werden befristet:
Die drei neuen Stellen Sachbearbeiter/-in Eingliederungshilfe auf zwei Jahre

Zwei neue Stellen Sachbearbeiter/-in Grundsicherung auf zwei Jahre

Die neue Stelle Sachbearbeiter Mietbuchhaltung/Betriebskostenabrechnung IGW auf zwei Jahre
Die neue Stelle Sachbearbeiter/-in Wohnungsbereitstellung Asyl auf zwei Jahre

Die zwei neuen Stellen Sachbearbeiter/-in Krankenhilfe Asyl auf zwei Jahre
9. Es werden nur drei, statt fünf neue Stellen Sachbearbeiter/-in HLU/Asyl (E9b) in der Anlage zum Teilplan 23_4_500 mit dem Vermerk „Ukraine“ geschaffen.
Diese drei neue Stellen Sachbearbeiter/-in HLU/Asyl (E9b) in der Anlage zum Teilplan 23_4_500 mit dem Vermerk „Ukraine“ werden befristet auf zwei Jahre.
10. Es werden nur drei statt fünf weitere Stellen Sachbearbeiter/-in HLU/Asyl (E9a) in der Anlage zum Teilplan 23_4_500 mit dem Vermerk „Ukraine“ geschaffen.
Diese drei Stellen Sachbearbeiter/-in HLU/Asyl (E9a) in der Anlage zum Teilplan 23_4_500 mit dem Vermerk „Ukraine“ werden befristet auf zwei Jahre.
11. Die sechs neuen Stellen Schulsekretär/-in in der Anlage zum Teilplan 23_4_510 mit dem Vermerk „Ukraine“ werden auf zwei Jahre befristet.
12. Die fünf der dreizehn neuen Stellen „Sachbearbeiter/-in Wohngeld“ in der Anlage zum Teilplan 23_4_500 werden auf zwei Jahre befristet.
13. Die freiwerdenden Gelder werden zur Tilgung von Liquiditätskrediten eingesetzt.

gez. Yana Mark
Fraktionsvorsitzende

Begründung:

Zu 1.: Die Stelle „Referent/-in für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung“ leistet einen wichtigen Beitrag, um dem Oberbürgermeister in wirtschaftspolitischen Fragen fachlich zur Seite zu stehen. Neben der kompetenten Leitung des Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung ist eine Referentenstelle weiterhin geboten, um notwendige wirtschaftspolitische Impulse in die Stadt zu senden.

Eine Umorganisation zur Stelle „Kordinator/-in Haushaltskonsolidierung“ ist nicht notwendig, da die Erstellung, Koordination und Evaluation eines Haushaltskonzeptes im Fachbereich für Finanzen besser angesiedelt ist. Das in diesem Jahr erstellte Haushaltskonsolidierungskonzept zeigt, dass die Erstellung auch ohne entsprechenden Koordinator möglich ist. Die Leitung des Fachbereiches Finanzen ist fachlich versiert. Gemeinsam mit den Mitarbeitern des Fachbereich Finanzen kann sie diese Aufgabe übernehmen und gut umsetzen.

Zu 2.: Derzeit gibt es zwei Stellen „Kordinator/-in zur Stärkung kommunaler Integrationsarbeit“, wovon nur eine besetzt ist. Da laut Stellenplan nach der Refinanzierung bis zum 31.12.2023 eine Sperre erfolgt, ergibt sich ohnehin keine Möglichkeit einer Weiterbesetzung. Die vakante Stelle ist daher zu streichen.

Zu 3.: Die Stadt Halle zeichnet sich auch durch ihre zahlreichen Grünflächen aus. In der Informationsvorlage VII/2016/01906, stellt die Stadtverwaltung fest, dass die Stadt Halle überdurchschnittlich mit Grünflächen versorgt ist. Diese Grünflächen bedürfen ausreichender Pflege. In der Abwägung mit der Finanzlage der Stadt Halle und der Tatsache, dass sich der Bestand an Grünflächen nicht substantiell verändert hat (siehe S. 681 im Haushaltsplanentwurf 2023) sind nur zwei, statt vier weitere Stellen „Gärtner/-in Grünflächen“ zu schaffen.

Zu 4.: Mit der Schaffung neuer Stellen "Personalentwicklungsstelle Beamte (Stadtsekretär/-in)" schafft die Stadtverwaltung die Möglichkeit ausgelernte Stadtsekretäranwärter/innen auf Stellen oberhalb der A6 einzuweisen. Diese Entscheidung ist zu begrüßen und vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels in der kommunalen Verwaltung ein wichtiger Schritt. Da die Stadtverwaltung derzeit nur drei Stadtsekretäranwärter/-innen als Nachwuchskräfte vorhält, sind im Stellenplan entsprechend nur drei "Personalentwicklungsstelle Beamte (Stadtsekretär/-in)" zu schaffen.

Zu 5. bis 11. Angesichts der Notlage vieler ukrainischer Flüchtlinge, ist es geboten, die betreffenden Bereiche in der Stadtverwaltung personell auszustatten, sodass zügige und geordnete Verfahren ermöglicht werden und die geflüchteten Menschen jede notwendige Unterstützung erhalten. Die bereits abnehmende Zahl neu ankommender Flüchtlinge in der Stadt Halle zeigt, dass der personelle Bedarf an Sachbearbeitern für geflüchtete Menschen aus der Ukraine wieder sinken wird. Vor diesem Hintergrund fordern wir eine Vielzahl geplanter Stellenneuschaffungen mit Bezug zur Ukraine zu befristen. Damit tragen wir einerseits der Notwendigkeit zügiger Verfahren und notwendiger Unterstützung für die vom Krieg verfolgten Menschen Rechnung, ermöglichen aber gleichzeitig auf entsprechend sinkende Zahl Anspruchsberechtigter reagieren zu können. Vereinzelt halten wir Stellen für nicht notwendig und plädieren daher für deren Streichung.

Zu 12. Es ist derzeit noch nicht absehbar welchen Mehraufwand die Reform des Wohngeldes für die Stadt Halle mit sich bringen wird. Die Schaffung von dreizehn neuen Stellen „Sachbearbeiter/-in Wohngeld“ sollte aus diesem Grund mit einer Befristung dieser Stellen auf zwei Jahre einhergehen. Einerseits werden somit die nötigen Sachbearbeiterstellen geschaffen. Sollte sich herausstellen, dass nach der zweijährigen Befristung kein Bedarf mehr danach besteht, können die Stellen wieder gestrichen werden. Mit Blick auf die Finanzlage der Stadt halten wir diesen Schritt für vernünftig.